

Feature / Hörspiel / Hintergrund Kultur

Dossier

Große Reden

„Was ist los mit Dir, humanistisches Europa...?“

Reden zu Europa 1998 - 2016

Autorin: Barbara Eisenmann
Redaktion: Birgit Morgenrath

Produktion: Dlf 2017
Erstsendung: Freitag, 21.07.2017, 19.15 Uhr

Sprecher: Edda Fischer, Thomas Lang, Robert Dölle und Gregor Höppner
Ton und Technik: Gunther Rose und Jens Müller
Regie: Birgit Morgenrath

Urheberrechtlicher Hinweis

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf vom Empfänger ausschließlich zu rein privaten Zwecken genutzt werden.
Die Vervielfältigung, Verbreitung oder sonstige Nutzung, die über den in §§ 44a bis 63a Urheberrechtsgesetz geregelten Umfang hinausgeht, ist unzulässig.

©  **Deutschlandradio**

- unkorrigiertes Exemplar -

Musik

Sprecherin:

„Was ist los mit dir, humanistisches Europa...?“

Große Reden - Europa 1998 bis 2016

Ein Dossier von Barbara Eisenmann

O-Ton Gregor Gysi:

„Es war hier viel die Rede von europäischer Integration, und zweifellos ist die Einigung Europas ein großes politisches Ziel.“

Sprecher:

Gregor Gysi, von 2005 bis 2015 Fraktionsvorsitzender der Linken im Deutschen Bundestag.

O-Ton Angela Merkel:

„Wenn Europa heute in einer schwierigen Situation ist, müssen wir heute die Strukturreformen durchführen, damit wir morgen besser leben können.“

Sprecher:

Angela Merkel, Bundeskanzlerin.

O-Ton Alexis Tsipras

Übersetzer 1:

„Es geht hier um ein europäisches und nicht ein rein griechisches Problem. Und ein europäisches Problem erfordert eine europäische Lösung.“

Sprecher:

Alexis Tsipras, seit anfang 2015 Ministerpräsident Griechenlands.

O-Ton Jeremy Corbyn

Übersetzer 2:

„Aus sozialistischer Sicht muss für den Verbleib in der Europäischen Union plädiert werden. Aus sozialistischer Sicht muss aber auch für eine Reform und für einen

progressiven Wandel in Europa eingetreten werden.“

Sprecher:

Jeremy Corbyn, seit September 2015 Vorsitzender der britischen Labour Partei.

O-Ton Papst Franziskus, Dolmetscher:

„Was ist los mit dir, humanistisches Europa, du Verfechterin der Menschenrechte, der Demokratie und der Freiheit?“

Sprecher:

Papst Franziskus, seit 2013 Oberhaupt der katholischen Kirche.

Musik

O-Ton Burkhard Hirsch:

„Kann veranlasst werden, dass die Schilder entfernt werden? Bitte veranlassen Sie, dass die Schilder entfernt werden. Bitte nehmen Sie die Schilder weg.“

Sprecher:

23. April 1998. Im Deutschen Bundestag findet eine Debatte statt. Ihr Gegenstand: die Einführung des Euro, die im Maastricht-Vertrag von 1992 bereits beschlossen war. Als Bundeskanzler Helmut Kohl an das Rednerpult tritt, kommt es zu tumultartigen Szenen. Die Abgeordneten der PDS haben Schilder mit der Aufschrift „Euro - so nicht!“ auf ihren Tischen aufgestellt, die Saaldiener schließlich entfernen. Sieben Stunden lang wird debattiert und anschließend abgestimmt. 35 von 672 Abgeordneten votieren mit Nein gegen den Euro, 27 davon Mitglieder der PDS, der Partei des demokratischen Sozialismus.

O-Ton Gregor Gysi:

„Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, zunächst noch ein Wort ... Es war hier viel die Rede von europäischer Integration, und zweifellos ist die Einigung Europas ein großes politisches Ziel.“

Sprecher:

Gregor Gysi, der damalige Vorsitzende der PDS-Gruppe im Bundestag, hält an jenem Tag vor 19 Jahren eine weitsichtige Rede:

O-Ton Gregor Gysi:

„Die Frage, die sich heute, bei der heutigen Debatte ergibt, ist: Wie kommt man zu einer europäischen Integration? Kommt man tatsächlich zu einer europäischen Integration, indem man ein Europa der Banken schafft? Oder käme man nicht viel eher zu einer europäischen Integration, wenn man über den Weg der Kultur, wenn man über den Weg der Chancengleichheit in den Gesellschaften, wenn man über den Weg der Angleichungsprozesse und das Ziel der sozialen Gerechtigkeit ein solches Europa integriert. Und das ist unsere grundsätzliche Kritik an dem Vorhaben, über das es heute hier zu beschließen gilt. Man kann einen Kontinent nicht über Geld einen. Das hat noch nie in der Geschichte funktioniert und das wird auch hier nicht funktionieren. (...) Ich sage, im Augenblick wird das ein Europa für erfolgreiche Rüstungs-, für erfolgreiche Exportkonzerne, für Banken, vielleicht noch für große Versicherungen. Es wird kein Europa für kleine und mittelständische Unternehmen, kein Europa für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, kein Europa für Gewerkschaftsbewegungen und auch kein Europa für die sozial Schwächsten in den Gesellschaften der Teilnehmerländer. (...) Man kann natürlich leicht den Euro einführen, wenn man sagt, es wird eine andere Regierung sein, die ihn auszubaden hat, also ich meine, das ist natürlich auch ein Problem, vor dem wir hier stehen. Ja, dann unterhalten wir uns über die Voraussetzungen. Dann fangen wir an mit den Demokratiedefiziten, die es in Europa gibt. Z.B. ganz viele Juristen haben erklärt, ob wir heute im Bundestag ja oder nein zum Euro sagen, ob morgen der Bundesrat ja oder nein zum Euro sagt, er würde dennoch kommen, weil es nämlich längst ratifiziert ist über den Vertrag von Maastricht und im Grunde genommen kein Weg daran vorbeiführt. Am 2. Mai, am 2. Mai tagt das Europäische Parlament. Hat es was zu entscheiden in der Frage der Einführung des Euro, in der Frage der Herstellung der Währungsunion? Es hat nichts zu entscheiden. Es hat nur mit zu beraten. Und selbst wenn dort eine große Mehrheit Nein sagen würde, es würde am Euro zum 1. Januar 1999 nichts mehr ändern. Da wird das gesamte Defizit deutlich, das dieser Vertrag mit sich bringt in Fragen der Demokratie. Wir schaffen eine europäische Währung, haben aber keinen europäischen Gesetzgeber, keine europäische

Verfassung, keine garantierten europäischen Rechte. Und verlagern die Funktionen vom Parlament auf die Exekutive in Brüssel, d.h. heben die Gewaltenteilung in der Gesellschaft schrittweise auf. Um dann, damit sich dann die jeweilige Bundesregierung und auch die Regierung der anderen Länder und deren Parlamente auf Brüssel herausreden können und sagen können, wir können hier gar keine nationale Politik in diesen Fragen mehr machen, weil uns die Möglichkeiten genommen sind. Aber wir haben eben kein demokratisches europäisches Äquivalent, das ist ein Hauptmangel der Verträge von Maastricht und Amsterdam. Ich behaupte, der Euro kann auch spalten, denn er macht die Kluft zwischen den Mitgliedsländern der Europäischen Union und jenen, die nicht Mitglied der Europäischen Union sind, ja nicht kleiner, sondern größer. (...) Er unterscheidet aber auch noch und stärker die Euroländer, ob Frau Matthäus-Maier, ob die Sprecherin der Grünen, CDU und CSU oder FDP, alle würdigen am Euro, dass die Exportchancen Deutschlands sich erhöhen würden. Wenn das dann so wäre, wenn das dann so ist, dann müssen doch andere Produktionsunternehmen in anderen Ländern darunter leiden, anders ginge es doch gar nicht. D.h. wir wollen den Export Deutschlands erhöhen und damit die Industrie in Portugal und Spanien und anderen Ländern schwächen. Die werden verostdeutscht, weil sie diesem Export nicht standhalten können. (...) Das Wichtigste aber und unsere größte Kritik richtet sich aber auf einen anderen Punkt: Wer europäische Integration will, der muss europäische Angleichungsprozesse einleiten. Dazu würde gehören, die Steuern zu harmonisieren, dazu würde gehören, die Löhne anzugleichen, die Preise anzugleichen, soziale, ökologische, auch juristische Standards anzugleichen. (...) Wenn Sie das alles nicht machen, wenn Sie das politisch nicht leisten und statt dessen sagen, wir führen eine Einheitswährung ein, um die Angleichungsprozesse zu erzwingen, dann sagen Sie doch nichts weiter, als dass Sie ganz bewusst Lohnwettbewerb, und das heißt in Wirklichkeit Lohndumping, Kostendumping, organisieren wollen. Den größten Vorteil hat immer derjenige mit den niedrigsten Steuern, den niedrigsten Löhnen, den niedrigsten Preisen, den niedrigsten ökologischen, juristischen und sozialen Standards; er wird sich durchsetzen. Und das wird ein Europa des Dumpings, des Abbaus nach unten. Und wer so etwas organisiert, der - behaupte ich - organisiert nicht nur Sozial- und Lohnabbau, sondern er organisiert auch zunehmenden Rassismus. (...) Wer aber über die Währung die Angleichung erzwingt, der erzwingt sie nach unten mit allen katastrophalen sozialen Folgen. Und alle Fraktionen, die heute zustimmen, haften

dann auch für die Folgen, die dadurch eintreten, unabhängig, welche Motive sie dabei haben.“

Sprecherin:

Zehn Jahre nach Gregor Gysis Rede im Deutschen Bundestag befindet sich die Europäische Union, vor allem die Eurozone, in einer Krise. Und diese Krise ist „die neue Normalität Europas“ geworden, wie der ehemalige Grünen-Politiker und Außenminister Joschka Fischer schreibt. Eine Krise, ausgelöst durch das Platzen einer Immobilienblase in den USA, die reihenweise auch europäische Banken in den Abgrund gerissen hat, die ebenso exzessiv und waghalsig Kredite vergeben haben. Weil die Staaten daraufhin ihre eigenen großen Banken gerettet haben - *too big to fail* lautete die Devise - und die Kosten privater Spekulationen auf die öffentlichen Finanzen verlagert worden sind, ist aus der Bankenkrise eine Staatsschuldenkrise geworden.

Seit 2010 bringt die Europäische Union unter Federführung der einflussreichen deutschen Regierung ständig neue, rechtlich und demokratietheoretisch höchst umstrittene Regelungen, Instrumente, Institutionen auf den Weg, um die Schulden- und Eurokrise in den Griff zu kriegen. Dazu gehört beispielsweise ein Expertenkabinett wie die Troika, zusammengesetzt aus Vertretern der Europäischen Kommission, des Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Zentralbank, das keine rechtliche Grundlage besitzt. Die Troika setzt in den am stärksten von der Krise betroffenen Ländern Spar- und Privatisierungsprogramme, sogenannte Austerität, durch.

Ohnehin ist die europäische Exekutive in den letzten Jahren im Zuge des Krisenmanagements stark aufgewertet worden. Vor allem die Eurogruppe, ein mächtiges informelles Gremium, in dem die Finanzminister aus den Euro-Mitgliedstaaten zusammen mit dem zuständigen EU-Kommissar und dem Präsidenten der Europäischen Zentralbank ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik koordinieren. Auch die Eurogruppe steht in der Kritik. Sie existiert zwar innerhalb des Europarechts, hat als informelles Gremium allerdings keinerlei Beschlusskompetenz. Und dennoch trifft sie Entscheidungen, die die Entwicklung ganzer Volkswirtschaften

beeinflussen, während die nationalen Parlamente in Sachen Wirtschafts- und Sozialpolitik so zunehmend umgangen werden.

Musik

Sprecherin:

Kritiker sprechen aufgrund dieser und anderer krisenbedingter Interventionen auch vom Übergang zu einer autoritären europäischen Wirtschaftsregierung und betonen, dass das Krisenmanagement zu einem weiteren Demokratieabbau geführt habe.

Sprecher:

24. Januar 2013. Bundeskanzlerin Angela Merkel hält auf dem internationalen Weltwirtschaftsforum in Davos eine Rede. Dort, wo sich seit 1971 alljährlich im Winter bis zu 3000 Spitzenpolitiker und Wirtschaftsführer ein Stelldichein geben.

O-Ton Angela Merkel:

„Wir haben ein Jahr hinter uns, in dem das Weltwirtschaftswachstum in fast allen Industrieländern relativ gering ausgefallen ist. Und wir hatten eine Weltwirtschaft, die 2012 insgesamt gerade einmal um drei Prozent gewachsen ist. D.h.: Wenn wir von den Krisenjahren 2008 und 2009 absehen, dann ist dieser Wert der schwächste seit zehn Jahren. Und ich bin mir wohl bewusst, dass die Lage im Euroraum und in der Europäischen Union, aber vor allen Dingen im Euro-Raum einen Beitrag dazu geleistet hat, dass das Weltwirtschaftswachstum doch sehr überschaubar war. Das hatte vor allen Dingen mit Fragen des Vertrauens, mit Fragen von Ängsten zu tun, die es gegeben hat. Wie groß der politische Wille ist, den Euroraum zusammenzuhalten, wie groß die Reformbereitschaft ist, wie groß die Solidarität im Euroraum ist. Und ich glaube, in den letzten zwölf Monaten sind wir an dieser Stelle doch deutlich vorangekommen. (...) Wenn Europa heute in einer schwierigen Situation ist, müssen wir heute die Strukturreformen durchführen, damit wir morgen besser leben können. Und natürlich haben wir neue Instrumente gefunden - gesamteuropäische Instrumente, und auch Instrumente der Solidarität. Das ist der permanente Stabilitätsmechanismus, auch ESM genannt. Vor fünf Jahren wäre es unvorstellbar gewesen, dass wir einen solchen permanenten Mechanismus zum Schutz des Euro gehabt hätten. Er ist jetzt in Kraft. Und das ist eine sehr gute

Botschaft. Auf der anderen Seite haben wir für die finanzielle Solidität den sogenannten Fiskalvertrag eingeführt. Auch er ist jetzt mit Beginn des Jahres in Kraft getreten.“

Sprecherin:

Der ESM, auch „Rettungsschirm“ genannt, vergibt Kredite an Krisenländer, die allerdings an strenge Auflagen gekoppelt sind. Dazu gehören die Kürzung von Löhnen, Renten und anderen Sozialleistungen sowie Entlassungen im öffentlichen Dienst, aber auch umfangreiche Privatisierungen. Kritisiert wird, der ESM, dem ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen den Mitgliedstaaten der Eurozone mit eigenen Regeln zugrunde liegt, umgehe damit auf unzulässige Weise bestehendes europäisches Recht: Weil reguläre Änderungen bestehender Verträge zu lange dauerten, möglicherweise Referenden in einzelnen Mitgliedsländern zur Folge hätten und somit in der Sache politisch riskant sein könnten.

Auch der Europäische Fiskalpakt, der im Januar 2013 in Kraft trat und in der Hauptsache die so genannte „Schuldenbremse“ enthält, mit der die staatlichen Schulden begrenzt und das jährliche Haushaltsdefizit der Mitgliedsländer auf beinahe null Prozent beschränkt werden, lässt europäisches Recht außen vor und ist ebenfalls in einem völkerrechtlichen Vertrag festgeschrieben, der nur bei Einstimmigkeit aller Vertragsparteien überhaupt wieder geändert werden kann. Die Kommission kann danach automatisch Sanktionen gegen sogenannte „Defizit-Sünder“ verhängen. Außerdem müssen die Unterzeichnerstaaten die Schuldenbremse in nationales Recht umsetzen, vorzugsweise in ihren nationalen Verfassungen. Bundeskanzlerin Merkel hat an anderer Stelle nicht ohne Grund festgehalten, beim Fiskalpakt gehe es darum, dass, Zitat, „Schuldenbremsen dauerhaft in die Rechtsordnungen eingefügt werden, so dass sie bindend und ewig gelten.“ Zitat Ende. Juristen und Ökonomen kritisieren das als „Konstitutionalisierung“ einer neoliberalen Haushaltsdoktrin. Den Parlamenten werde so ihr Königsrecht, das Budgetrecht, entwendet; gesellschaftliche Verteilungsentscheidungen könnten nicht mehr demokratisch ausgehandelt werden.

O-Ton Angela Merkel:

„Aber was uns noch fehlt - und daran müssen wir in diesem Jahr 2013 arbeiten - das ist die Frage: Wie können wir sicherstellen, dass wir in den nächsten Jahren auch eine Kohärenz der Wettbewerbsfähigkeit im Bereich der gemeinsamen Währung bekommen? Eine Kohärenz in der Wettbewerbsfähigkeit nicht irgendwo im Mittelmaß europäischer Länder, sondern immer möglichst eine Wettbewerbsfähigkeit, die sich daran misst, ob sie uns Zugang zu globalen Märkten ermöglicht.(...) Ich stelle mir vor - und darüber sprechen wir jetzt in der Europäischen Union -, dass wir analog zum Fiskalpakt einen Pakt für Wettbewerbsfähigkeit machen, in dem die Nationalstaaten Abkommen, Verträge mit der Kommission schließen, wo sie sich jeweils sozusagen verpflichten, Elemente der Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, die noch nicht dem notwendigen Stand der Wettbewerbsfähigkeit in diesen Ländern entsprechen. Dabei wird es oft um Dinge gehen wie Lohnzusatzkosten, Lohnstückkosten, Forschungsausgaben, Infrastruktur, die Effizienz der Verwaltungen, die in nationaler Hoheit liegen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Das heißt also, die nationalen Parlamente müssten solche Verträge mit legitimieren, die dann abgeschlossen werden und verbindlich sind, sodass wir wissen, in wieweit im Euroraum auch die Wettbewerbsfähigkeit sich verbessert.“

Sprecherin:

Die nationalen Parlamente müssten ihre Mitbestimmungsrechte also noch weiter beschneiden. An anderer Stelle sprach die Bundeskanzlerin von „marktkonformer Demokratie“, genauer, Zitat „wie die parlamentarische Mitbestimmung so gestaltet wird, dass sie trotzdem auch marktkonform ist.“ Zitat Ende.

Dem „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ zufolge soll diese auf den globalen Märkten entstehen, indem die Euroländer untereinander in einen mit der Kommission vertraglich abgesicherten Wettlauf um niedrige Löhne, niedrige Unternehmenssteuern, schlanke Sozialleistungen treten. Gregor Gysi hatte das in seiner Rede 1998 ein „Europa des Dumpings“ genannt.

O-Ton Angela Merkel:

„Europa hat heute noch etwa sieben Prozent der Weltbevölkerung. Europa hat, wenn das Wirtschaftswachstum wieder etwas in Gang kommt, vielleicht wieder so knapp 25 Prozent des Weltinlandsprodukts der Erde. Und Europa hat 50 Prozent der Sozialausgaben der gesamten Welt. D.h. wir können unseren Wohlstand wirklich nur halten, wenn wir innovativ sind und wenn wir uns an den Besten orientieren. Deshalb möchte ich noch ein Wort sagen zu dem, was häufiger angemerkt wird zu Deutschland. Im Augenblick ist unser deutsches Wachstum ausschließlich binnengetrieben. Wir haben alles getan, um den Binnenkonsum zu erhöhen. Aber wenn man uns vorwirft, dass es immer noch Ungleichgewichte gibt, dann muss man aufpassen, worauf diese Ungleichgewichte zurückzuführen sind. Wenn wir uns in Europa bei den Lohnstückkosten genau in der Mitte treffen, im Durchschnitt treffen aller europäischen Länder, dann wird ganz Europa nicht mehr wettbewerbsfähig sein und Deutschland nicht mehr exportieren können. Das kann nicht das Ziel unserer Bemühungen sein. Und deshalb sind Überschüsse in den Leistungsbilanzen zum Teil natürlich auch Ausdruck einer guten Wettbewerbsfähigkeit. Und die dürfen wir auf gar keinen Fall aufs Spiel setzen.“

Sprecherin:

Schon 2013 waren die Exportüberschüsse Deutschlands selbst innerhalb der Kommission umstritten. Denn Handelsüberschüsse der einen sind nur zu erlangen durch Handelsdefizite der anderen, die sich im Ausland Geld leihen müssen, um ihre Importe zu finanzieren. Lange vor Ausbruch der Eurokrise sind bereits Gläubigerländer mit Überschüssen in der Leistungsbilanz und Schuldnerländer mit Defiziten in dieser Bilanz entstanden. Denn die EU-Mitgliedsländer sind nicht nur ungleich entwickelt, sondern haben auch unterschiedliche Wirtschaftsmodelle. Mit der Einführung des Euro haben sich diese historischen Ungleichgewichte noch einmal verschärft. Unter anderem, weil exportschwache Länder wie beispielsweise Spanien, Portugal oder Griechenland ihre Währungen nun nicht mehr abwerten und Wettbewerbsfähigkeit folglich einzig und allein durch Lohn-, Sozial- und Steuerdumping auf dem Rücken ihrer Bevölkerungen herstellen können. So gesehen stehen in der EU spätestens seit Einführung der gemeinsamen Währung die nationalen Volkswirtschaften der Eurozone in Konkurrenz zueinander.

O-Ton Angela Merkel:

„Nur wer Strukturreformen durchführt, wer sich Konditionalitäten unterwirft, kann auf unsere Unterstützung hoffen. Und deshalb bleibt die wesentliche Aufgabe eine politische Aufgabe, wirtschaftliche Rahmenbedingungen in Europa zu schaffen, die Spaß machen auf Investitionen, die neue Investitionen ermöglichen, Wachstum und damit auch dauerhaft wettbewerbsfähige Arbeitsplätze. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Sprecherin:

Die sogenannten „Strukturreformen“ haben die Krise nicht gelöst. Im Gegenteil: Die „Rettungs“- oder „Hilfs“-Programme in Form von Krediten an Schuldnerländer wie Griechenland, Portugal, Irland, Spanien dienen hauptsächlich der Begleichung der Schulden und haben das Wirtschaftswachstum in den davon betroffenen Ländern weiter abgewürgt. Weil sie an strenge Auflagen wie die Kürzung von Löhnen, Renten und anderen Sozialleistungen sowie an Entlassungen im öffentlichen Dienst und Privatisierungen öffentlicher Güter gekoppelt sind.

Während in den Gläubigerländern die Bereitschaft schwindet, sich an den Kosten der Krise zu beteiligen, was sich im Aufstieg nationalistischer, rechter, europafeindlicher Parteien und Bewegungen spiegelt, artikuliert sich in den Schuldnerländern zunehmend Widerstand von links. Denn weitere Strukturreformen sind den Bevölkerungen schlicht nicht zuzumuten. Diese unterschiedlichen Erfahrungen und Dynamiken der Krise in verschiedenen Teilen Europas haben zu einer Krise der Europäischen Union insgesamt geführt. Nur eine Art Finanzausgleich zwischen Euroländern könnte die Währungsunion tatsächlich stärken; doch vor allem Deutschland, die größte und mächtigste Volkswirtschaft, stemmt sich dagegen.

O-Ton Alexis Tsipras**Übersetzer 1:**

„Vielen Dank Herr Präsident. Meine Damen und Herren Abgeordnete, es ist eine Ehre für mich, im Herzen der europäischen Demokratie sprechen zu können.“

Sprecherin:

Vor allem in Griechenland hatten sich die Auseinandersetzungen mit den

internationalen Gläubigern, vertreten durch die Troika, mit der neuen linken Regierung zugespitzt. Die Europäische Zentralbank hatte bereits einen Monat nach ihrem Amtsantritt, im Februar 2015, dem griechischen Bankensystem die Geldzufuhr gedrosselt. Damit hatte sie den neuen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras und die griechische Wirtschaft enorm unter Druck gesetzt. Tsipras brach die Verhandlungen mit den Gläubigern nur vier Monate später mit der Ankündigung eines Referendums ab. Die große Mehrheit der griechischen Bevölkerung stand damals hinter dem Ministerpräsidenten und stimmte gegen die „Rettungs“-Programme, aber dennoch für den Verbleib in der EU und dem Euro.

Sprecher:

8. Juli 2015. Drei Tage nach dem Referendum hält der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras im voll besetzten Plenarsaal des Europäischen Parlamentes in Straßburg eine Rede. Mit stehenden Ovationen wird er empfangen, aber auch Proteste bleiben nicht aus.

O-Ton Alexis Tsipras

Übersetzer 1:

„Ich persönlich und meine Regierung sind vor etwa fünfeinhalb Monaten angetreten, die Rettungsprogramme aber laufen seit etwa fünfeinhalb Jahren. Ich bin durchaus verantwortlich für das, was in den letzten fünfeinhalb Monaten passiert ist, ich akzeptiere das. Aber die eigentliche Verantwortung für die ausweglose Situation der griechischen Volkswirtschaft heute und die ganz Europas ist nicht in den letzten fünfeinhalb Monaten entstanden, sondern in den letzten fünfeinhalb Jahren, aufgrund der Programme, die nicht aus der Krise herausgeführt haben. (...) In vielen europäischen Ländern wurden Sparprogramme durchgeführt, aber nirgendwo waren diese Programme so streng und dauerhaft wie in Griechenland. Es ist sicher nicht übertrieben, wenn ich sage, dass mein Land in den letzten fünfeinhalb Jahren in ein Versuchslabor für Austeritätspolitik verwandelt worden ist. Und wir müssen uns alle eingestehen, dass dieses Experiment gescheitert ist. Die Arbeitslosigkeit ist in den letzten fünfeinhalb Jahren gestiegen, Armut und soziale Ausgrenzung haben erheblich zugenommen, und auch die öffentlichen Schulden sind gewachsen; vor dem Start der Programme beliefen sie sich auf 120% des Bruttoinlandsprodukts, jetzt sind es 180% des Bruttoinlandsprodukts. Die Mehrheit der Griechen sieht, ganz

unabhängig von unseren Einschätzungen, dass sie keine andere Wahl hat, als die Befreiung von diesem ausweglosen Kurs zu fordern. Und das wurde äußerst demokratisch und direkt ausgedrückt. Wir bemühen uns nun, diese Entscheidung in eine Einigung mit unseren Partnern umzusetzen, eine Einigung, die einen Ausweg aus der Krise darstellt, damit wir endlich wieder einen Silberstreif am Horizont sehen. Es werden natürlich die notwendigen Reformen durchgeführt werden, dem stellt sich niemand in den Weg, aber die Belastungen müssen so verteilt werden, dass jeder eine tragbare Last übernimmt. In den letzten Jahren war die Last nicht gleichmäßig verteilt, nur die Arbeitnehmer und Rentner mussten sie schultern, sie aber können keine zusätzlichen Lasten mehr akzeptieren. (...) Wir bitten um die Abdeckung des Finanzbedarfs unsres Landes, und wir wollen ein zukunftsgerichtetes Wachstumsprogramm, andernfalls kommen wir aus der Krise niemals heraus. Unser höchstes Ziel ist dabei die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Förderung des Unternehmensgeistes. Unser Vorschlag umfasst auch die Forderung nach einer unmittelbaren Verpflichtung, einen inhaltlichen Dialog über den Umgang mit der Frage der Tragfähigkeit der Staatsverschuldung zu beginnen. Es darf keine Tabuthemen zwischen uns geben. Wir müssen uns der Realität stellen und Lösungen für diese Frage finden, so schwierig das auch sein mag. Die Gelder, die nach Griechenland geflossen sind, seien wir ehrlich, kamen bei den griechischen Menschen nicht an. Sie wurden zur Rettung der europäischen und griechischen Banken verwendet. (...) Meine Damen und Herren, trotz der Tatsachen, die ich angeführt habe, möchte ich anerkennen, dass nicht alle Übel in Griechenland auf die ‚bösen Ausländer‘ zurückzuführen sind. Griechenland steht am Rande des Bankrotts, weil die griechischen Regierungen viele Jahre lang einen klientelistischen Staat aufgebaut haben, der Korruption unterstützte - die wechselseitige Abhängigkeit von politischen und wirtschaftlichen Eliten -, und der der Steuerhinterziehung der Reichen nicht entgegensteuerte. Nach einer Studie der Credit Suisse besitzen 10 Prozent der Griechen 56 Prozent des nationalen Reichtums. Und diese 10 Prozent der Griechen wurden in der Austeritätsperiode nicht angetastet. Sie haben beim Schultern der Belastungen nicht mitgeholfen, so wie es die übrigen Griechen getan haben. Die Rettungsprogramme und Memoranda haben aber nicht versucht, dieses Ungleichgewicht zu beheben, sie haben es stattdessen fortgeschrieben. (...) Wir sind an realistischen Reformen interessiert, mit denen Griechenland wirklich verändert wird, Reformen, die frühere Regierungen, das alte politische System, aber auch die

Hilfsprogramme unangetastet ließen. (...) Meine Damen und Herren Abgeordnete, Europa steht an einem Scheideweg. Die so genannte griechische Krise ist eigentlich eine Schwäche des Eurowährungsgebiets insgesamt, eine Lösung für diese selbst verschuldete und verlängerte Schuldenkrise zu finden. Es geht hier um ein europäisches und nicht ein rein griechisches Problem. Und ein europäisches Problem erfordert eine europäische Lösung. (...) Wir sind aufgefordert, einen würdigen Kompromiss zu finden, um einen historischen Bruch mit der Tradition eines vereinten Europas zu vermeiden. Wir sind uns alle bewusst, dass diese Epoche ganz entscheidend ist und wir historische Verantwortung tragen. Danke.“

Sprecherin:

Mittlerweile hat die griechische Regierung ein drittes „Rettungs“-Paket erhalten mit weiteren drastischen Sparauflagen der Troika. In einer Absichtserklärung, dem so genannten *Memorandum of Understanding*, hat Griechenland sich zu neuen erheblichen Einschnitten und Privatisierungen verpflichtet.

Musik**Sprecherin:**

Nur knapp ein Jahr nach dem gescheiterten griechischen Aufbegehren gegen die Austeritätspolitik hat sich die Krise Europas abermals verschärft. Mit dem beschlossenen Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union steht Europa erneut an einem Wendepunkt.

O-Ton Jeremy Corbyn**Übersetzer 2:**

„Ich bin glücklich, hier im Senate House zu sein, ein wunderschönes Art Déco-Gebäude, und auch der Ort von George Orwells Roman *1984*, wo dieses Gebäude das Wahrheitsministerium war.“ [Lachen]

Sprecher:

14. April 2016. Die Wahlkampagne zum Brexit-Referendum ist eingeläutet, als Jeremy Corbyn, Vorsitzender der Labour Party, im Senate House an der Universität

London, eine Rede hält. Ihre zentrale Botschaft: *Remain and reform* - in der EU bleiben, um sie zu reformieren.

O-Ton Jeremy Corbyn

Übersetzer 2:

„Die Leute in unserem Land stehen am 23. Juni vor einer historischen Entscheidung: entweder in der Europäischen Union zu bleiben oder sie zu verlassen. Ich bin dafür, dass diese Entscheidung jetzt in der Hand der Leute liegt. (...) Die Labour Party ist mit großer Mehrheit dafür zu bleiben, denn wir glauben, dass die Europäische Union Investitionen, Jobs und Schutz für die Arbeitnehmer, Verbraucher und die Umwelt gebracht hat und die besten Möglichkeiten bietet, die Herausforderungen zu meistern, denen wir im 21. Jahrhundert gegenüberstehen. Die Labour Party ist also überzeugt davon, dass das Votum zu bleiben, im Interesse der Leute dieses Landes ist. Im bevorstehenden Jahrhundert haben wir es mit riesigen Herausforderungen zu tun, und zwar als Menschen, als Kontinent und als globale Gemeinschaft. (...) Großbritannien wird stärker sein, wenn wir mit unseren Nachbarn kooperieren und die Herausforderungen gemeinsam angehen. Portugals neuer sozialistischer Premierminister und ein guter Freund, Antonio Costa, hat gesagt: ‚Angesichts all der Krisen auf der Welt dürfen wir Europa nicht auseinanderdividieren, wir müssen es vielmehr stärken.‘ (...) Ich und viele von uns waren über die Jahre hinweg sehr kritisch, was viele Entscheidungen der EU betraf, und ich bleibe auch weiterhin sehr kritisch mit ihren Mängeln - vom Fehlen demokratischer Kontrolle bis hin zum institutionellen Druck, öffentliche Dienstleistungen zu deregulieren oder zu privatisieren. Europa muss sich ändern. Aber diese Veränderung kann nur erreicht werden, indem wir mit unseren Verbündeten in der EU zusammenarbeiten. Es ist also absolut möglich, kritisch und dennoch davon überzeugt zu sein, dass wir Mitglied bleiben müssen. (...) Großbritannien muss in der EU bleiben, weil die EU der beste Rahmen für Handel, Produktion und Kooperation in einem Europa des 21. Jahrhunderts ist. (...) Trotz allem müssen wir uns aber für eine Reform in Europa einsetzen - die Reform, an der David Camerons Regierung kein Interesse hat, andere Regierungen in Europa dagegen schon. Das bedeutet eine demokratische Reform; die EU muss ihren Bevölkerungen gegenüber stärker rechenschaftspflichtig werden. Das bedeutet aber auch eine wirtschaftliche Reform, um der kontraproduktiven Austerität ein Ende zu machen und die Schaffung von Jobs sowie

nachhaltiges Wachstum ins Zentrum europäischer Politik zu rücken. [Applaus]. Das bedeutet eine Reform der Arbeitsmärkte, um die Arbeitnehmerrechte in einem echten sozialen Europa zu stärken und auszudehnen. Und es bedeutet neue Rechte für Regierungen und gewählte Autoritäten, um öffentliche Unternehmen zu unterstützen und dem Druck, Dienstleistungen zu privatisieren, Einhalt zu gebieten. (...) Echte Reformen benötigen progressive Bündnisse innerhalb der EU - etwas, was die Konservativen nie tun werden und wahrscheinlich auch gar nicht verstehen. (...) Die Konservativen engagieren sich selbstverständlich ergeben für eine sehr, sehr bedeutende britische Industrie in Europa, und das ist die Steuervermeidungsindustrie. [Lachen und Applaus]. (...). Es gab seit Anfang letzten Jahres sechs Gelegenheiten, in denen die konservativen Mitglieder des Europäischen Parlaments Versuche, gegen Steuerhinterziehung vorzugehen, niedergestimmt haben. Das sollte Ihnen eigentlich alles erzählen, was Sie über die Konservative Partei wissen müssen. Die Labour Partei dagegen hat Verbündete überall in Europa, die es mit dem globalen Netzwerk der Korrupten aufnehmen werden, und wir werden zusammenarbeiten, um rigoros gegen diejenigen vorzugehen, die den Reichtum aus unseren Ökonomien und den Geldbeuteln der Leute saugen. Den Konservativen, allein ausgeliefert, sollte also klar sein, was für eine Vision das „Vote Leave“ für Großbritannien bedeutet. Es stellt den sicheren Hafen dieser Wahl dar, für illegal erworbene Gewinne eines jeden zwielichtigen Oligarchen, Diktators oder verbrecherischen Konzerns. Sie glauben nämlich, dass diese winzige Elite das ist, was zählt und nicht der Rest von uns, die sie als *low achiever*, als leistungsschwache Personen - und das ist sicher jeder von Ihnen in diesem Raum, tut mir leid - des Platzes verweisen. [Lachen] (...) Aus sozialistischer Sicht muss für den Verbleib in der EU plädiert werden. Aus sozialistischer Sicht muss aber auch für eine Reform und für einen progressiven Wandel in Europa eingetreten werden. Und deshalb brauchen wir eine Labour-Regierung, um uns auf europäischer Ebene für die Industrien und Gemeinden in Großbritannien einzusetzen, um öffentliches Eigentum und öffentliche Dienstleistungen zu stützen, um die Arbeitnehmerrechte zu schützen und auszuweiten und um mit unseren Verbündeten zusammenzuarbeiten, um sowohl Großbritannien, als auch Europa zu einem besseren Ort für die arbeitende Bevölkerung zu machen. (...) Vielen herzlichen Dank.“ [Applaus]

Sprecherin:

Eine proeuropäische Linke, aber auch soziale Bewegungen, die in den letzten Jahren vor allem in den krisengeschüttelten Ländern Südeuropas entstanden sind, diskutieren über den Weg zu einem demokratischen, sozialen, solidarischen, ökologischen Europa. Sie fordern zum Beispiel einen verfassungsgebenden Prozess, dessen Resultat eine echte politische europäische Verfassung wäre. Um ein Verfassungsprojekt anzuschieben, müsste auf eine breite Allianz progressiver Kräfte gesetzt werden: Regierungen auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene, Parteien, Bürgerplattformen und soziale Bewegungen, die sich vernetzen und gegenseitig verstärken.

O-Ton Papst Franziskus, Dolmetscher:

„Sehr verehrte Gäste, herzlich heiÙe ich Sie willkommen und danke Ihnen für Ihr Hiersein. (...) Ich will noch einmal meine Absicht bekräftigen, den ehrenvollen Preis, mit dem ich ausgezeichnet werde, Europa zu widmen: Wir wollen die Gelegenheit ergreifen, über dieses festliche Ereignis hinaus gemeinsam einen neuen kräftigen Schwung für diesen geliebten Kontinent zu wünschen.“

Sprecher:

6. Mai 2016. Auch Papst Franziskus spricht sich in seiner Rede anlässlich der Verleihung des Aachener Karlspreises, ausgestrahlt im katholischen internationalen Fernsehsender EWTN, für ein soziales Europa aus. Bundeskanzlerin Angela Merkel, Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, der damalige EU-Parlamentspräsident Martin Schulz und EU-Ratspräsident Donald Tusk, die gesammelte europäische Führungsriege ist im Vatikan, in der prunkvollen Sala Regia, mit weiteren europäischen Spitzenpolitikern versammelt, wo der Papst ihnen diskret die Leviten liest.

O-Ton Papst Franziskus, Dolmetscher:

„Was ist los mit dir, humanistisches Europa, du Verfechterin der Menschenrechte, der Demokratie und der Freiheit? Was ist mit dir los, Europa, du Heimat von Dichtern, Philosophen, Künstlern, Musikern, Literaten? (...) Wir sind aufgefordert, eine Integration zu fördern, die in der Solidarität die Art und Weise findet, wie die Dinge zu tun sind, wie Geschichte gestaltet werden soll. Es geht hier um eine

Solidarität, die nie mit Almosen verwechselt werden darf, sondern als Schaffung von Möglichkeiten zu sehen ist, damit alle Bewohner unserer - und vieler anderer - Städte ihr Leben in Würde entfalten können. (...) Das erfordert die Suche nach neuen Wirtschaftsmodellen, die in höherem Maß inklusiv und gerecht sind. Sie sollen nicht darauf ausgerichtet sein, nur einigen wenigen zu dienen, sondern vielmehr dem Wohl jedes Menschen und der Gesellschaft. Und das verlangt den Übergang von einer ‚verflüssigten‘ Wirtschaft zu einer sozialen Wirtschaft. Ich denke zum Beispiel an die soziale Marktwirtschaft, zu der auch meine Vorgänger ermutigt haben. Es ist nötig, von einer Wirtschaft, die auf den Verdienst und den Profit auf der Basis von Spekulation und Darlehen auf Zinsen zielt, zu einer sozialen Wirtschaft überzugehen, die in die Menschen investiert, indem sie Arbeitsplätze und Qualifikation schafft. Von einer ‚verflüssigten‘ Wirtschaft, die dazu neigt, Korruption als Mittel zur Erzielung von Gewinnen zu begünstigen, müssen wir zu einer sozialen Wirtschaft gelangen, die den Zugang zum Land und zum Dach über dem Kopf garantiert. Und das mittels der Arbeit als dem Umfeld, in dem die Menschen und die Gemeinschaften viele Dimensionen des Lebens ins Spiel bringen können: die Kreativität, die Planung der Zukunft, die Entwicklung der Fähigkeiten, die Ausübung der Werte, die Kommunikation mit den anderen, eine Haltung der Anbetung. In der weltweiten sozialen Wirklichkeit von heute ist es daher, über die begrenzten Interessen der Unternehmen und einer fragwürdigen wirtschaftlichen Rationalität hinaus, notwendig, dass als Priorität weiter das Ziel verfolgt wird, allen den Zugang zur Arbeit zu verschaffen. Wenn wir eine menschenwürdige Zukunft anstreben wollen, wenn wir eine friedliche Zukunft für unsere Gesellschaft wünschen, können wir sie nur erreichen, indem wir auf die wahre Inklusion setzen: ‚die, die die würdige, freie, kreative, beteiligte und solidarische Arbeit gibt.‘ Dieser Übergang von einer ‚verflüssigten‘ zu einer sozialen Wirtschaft vermittelt nicht nur neue Perspektiven und konkrete Gelegenheiten zur Integration und Inklusion, sondern eröffnet uns von neuem die Fähigkeit, von jenem Humanismus zu träumen, dessen Wiege und Quelle Europa einst war.“

Musik

Sprecherin:

„Was ist los mit dir, humanistisches Europa...?“

Reden zu Europa - 1998 bis 2016

Ein Dossier von Barbara Eisenmann

Es sprachen: Edda Fischer, Thomas Lang, Robert Dölle und Gregor Höppner

Ton und Technik: Gunther Rose und Jens Müller

Regie und Redaktion: Birgit Morgenrath

Sie hörten eine Produktion des Deutschlandfunks 2017.

Diese Sendung ist Teil des gemeinsamen Projektes von Deutschlandfunk und ARTE „Große Reden“ . Mehr dazu im internet unter arte.tv/grossereden und deutschlandfunk.de/schwerpunkt-grosse-reden.

Musik